

1501

Der Hessische Minister des Innern

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (Vwv Alarmdienst) vom 23. Dezember 1969

Bezug: Meine Erlasse vom 13. August 1970 (StAnz. S. 1951) und vom 3. April 1978 (StAnz. S. 779)

I

Nachstehend wird die vom Bundesminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrates erlassene „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst“ (Vwv Alarmdienst) vom 23. 12. 1969 (BAnz. Nr. 240/69 vom 30. 12. 1969 = StAnz. 1970 S. 1951) einschl. der Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst vom 24. 11. 1977 (BAnz. Nr. 226 vom 3. 12. 1977 = StAnz. 1978 S. 779) bekanntgegeben.

zur Durchführung habe ich die in *Kursivschrift* gesetzten ergänzenden Bestimmungen neu gefaßt.

Meine Erlasse vom 13. August 1970 (StAnz. S. 1951) und vom 3. April 1978 (StAnz. S. 779) sind hiermit gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 28. 11. 1978

Der Hessische Minister des Innern
VI 63 — 24 h 02 — 03

StAnz. 51/1978 S. 2502

II

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (Vwv-Alarmdienst) vom 23. Dezember 1969

Nach Artikel 85 Abs. 2 des Grundgesetzes erläßt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates folgende allgemeine Verwaltungsvorschrift:

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (AVV Alarmdienst) vom 12. Januar 1961 (BAnz. Nr. 15 vom 21. Januar 1961), geändert durch Abschnitt III der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift vom 25. August 1965 (BAnz. Nr. 162 vom 31. August 1965), erhält folgende Fassung:

GLIEDERUNG**1. Abschnitt****Allgemeine Bestimmungen**

§§

1 bis 3

2. Abschnitt**Alarmgeräte und Einsatz der Alarmgeräte im Verteidigungsfall****I. Alarmgeräte**

4 bis 5

II. Einsatz der Alarmgeräte

a) sonstige ortsfeste Geräte und Einrichtungen, die gemäß Prüfzeugnis des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesgesetzes vom 25. August 1965 (BAnz. Nr. 162 vom 31. August 1965) als ortsfest eingestuft sind;

3. bewegliche Alarmgeräte

- 15 bis 24 a) fahrbare Sirenen, Lautsprecher,
21 bis 24 b) sonstige bewegliche Alarmgeräte;

§§ 3. beheimatete Alarmgeräte

- a) handbediente Sirenen,
25 bis 27 b) Ortseinfaltungen, die nicht an das Warnnetz angeschlossen sind,
28 bis 33 c) Fabrikpfeifen,
34 bis 38 d) Typhone,
39 e) sonstige akustische Mittel, die geeignet sind, die Bevölkerung zu alarmieren,
40 bis 41
42 bis 45

zu § 4

- 46 bis 51 1. a) Siehe hierzu Anlage 1 und 2 zu den Technischen Richtlinien für Planung und Einbau der festen Sirenenanlagen des örtlichen Alarmdienstes (TR-Alarmdienst) vom 28. August 1961 —
52 bis 54 2. a) Siehe hierzu Anlage 3 zu den TR-Alarmdienst (siehe Anlage 1).

§ 5

(1) Mit den ortsfesten und beweglichen Alarmgeräten werden folgende Signale gegeben:

- a) Heulton von 1 Minute Dauer

Bedeutung: Alarm bei Luftangriffen = Luftalarm;

1. Abschnitt**Allgemeine Bestimmungen****§ 1**

Aufgabe des örtlichen Alarmdienstes ist die öffentliche Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen oder sonstige akustische Mittel bei Angriffen durch Flugzeuge oder Flugkörper (Luftalarm) und bei radioaktiven Niederschlägen oder Gefährdung durch biologische Kampfmittel oder chemische Kampfstoffe (ABC-Alarm) sowie die Bekanntgabe der Beendigung der Gefahr (Entwarnung) nach Luft- bzw. ABC-Alarm.

§ 2

Der Alarmdienst gehört zum Aufgabengebiet des örtlichen Zivilschutzleiters.

zu § 2

Örtlicher Zivilschutzleiter ist gem. § 2 (1) des Gesetzes über den Zivilschutz vom 9. August 1976 der Hauptverwaltungsbeamte (HVB).

Die Zuständigkeit des HVB und der sonstigen gemeindlichen Organe richtet sich nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).

Nachfolgend wird an Stelle des Wortes „Zivilschutzleiter“ der Begriff „Hauptverwaltungsbeamter“ („HVB“) in den ergänzenden Bestimmungen verwendet.

§ 3

Die zuständige Landesbehörde (Landesbehörde) überwacht die ordnungsgemäße Durchführung des Alarmdienstes in den Gemeinden.

zu § 3

Zuständige Landesbehörde sind die Aufsichtsbehörden nach § 136 HGO.

2. Abschnitt**Alarmgeräte und Einsatz der Alarmgeräte im Verteidigungsfall****I. Alarmgeräte****§ 4**

Im örtlichen Alarmdienst werden verwendet:

1. ortsfeste Alarmgeräte**a) Elektrosirenen,****II. beheimatete Alarmgeräte****1. Planung****II. Beschaffung, Einbau und Abnahme****III. Wartung****IV. Probetrieb im Frieden****V. Gewährleistungsbestimmungen****VI. Verluste und sonstige Schäden****VII. Rostentzug, Mittelbewirtschaftung und Rechnungslegung****4. Abschnitt****Verwaltung der Alarmgeräte****I. Empfangsnachweis und Vereinnahmung****II. Wartung und Instandsetzung****III. Probetrieb im Frieden****IV. Aussondern und Veräußern****V. Gewährleistungsbestimmungen****VI. Verluste und sonstige Schäden****VII. Rostentzug, Mittelbewirtschaftung und Rechnungslegung****5. Abschnitt****Friedensmäßige Benutzung von Alarmgeräten****Anlagen:****Grundstückseigentümerverscheinbarung A****Grundstückseigentümerverscheinbarung B****Grundstückseigentümerverscheinbarung C****Vereinbarung mit dem Fernsprechttelefon****Gestattungsvertrag bei behördlichen Gr**

Die Verbindungen zwischen dem HVB und den Leitsirenenstellen sind den örtlichen Gegebenheiten entsprechend sicherzustellen.

(3) Überdeckt die örtlich-zentrale Auslösung über Tonfrequenz-Rundsteueranlage (TRA) die Zuständigkeitsbereiche mehrerer örtlicher HVB, so ist für den Abschluß der vertraglichen Vereinbarung der gemeinsame HVB (Landrat) zuständig.

§ 10

Der örtliche Zivilschutzleiter hat dem Warnamt jede selbständige Alarmierung innerhalb seines Ortsnetzgebietes un-

tersirenenstellen im Lande Hessen nicht mehr von den Gemeinden, sondern von den Landkreisen und kreisfreien Städten, die sich hierzu der zuständigen Montage- und Wartungsfirma bedienen, durchzuführen (vgl. Nr. 7.1 TR-Alarmdienst und Anl. 6 zu den TR-Alarmdienst). Der Wartungsbereich der Montage- und Wartungsfirma ist in den ergänzenden Bestimmungen zu § 30 (4) festgelegt.

§ 14

Bei der Planung sollen die Deutsche Bundespost und diejenigen Behörden, Betriebe und sonstige Stellen, deren Interessen

berührt werden, rechtzeitig beteiligt werden. Der

in jedem Fall werden den Anschließern der

Poste an den Bundesbahnen

Warnamt kann auch zur Beratung bei allen andere

der

zu § 10

eine diese Warnung fehlt dem Warnamt der Gesamtüberblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

überblick über die von

Zeilsheimer Str. 60

Tel. (06792) 80 44

für den Regierungsbezirk Darmstadt

Kirchgasse 3
3501 Niedenstein 3
Tel. (05624) 7 84

für den Regierungsbezirk Darmstadt und

unentgeltlich vorrätig gehalten. Für Verluste, die durch Brand, Diebstahl usw. eintreten, haftet die Firma. Von den Regierungspräsidenten ist mit der Firma ein Verwahrungsvertrag für die eingelagerten Geräte nach dem Muster meiner Anlage 6 abzuschließen.

vilen Bevölkerungsschutz lediglich für jede Gemeinde Zahl und Art der vom Bund zu beschaffenden Geräte sowie die für

den Bundes erforderlichen Mittel mit einer Erklärung mit

II. Beschaffung, Einbau und Abnahme

§ 21

Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz veranlaßt die Beschaffung und Auslieferung der Geräte. Die Landesbehörden sind berechtigt, in der Vergabekommission mitzuwirken.

§ 22

(1) Die Aufträge zum Einbau sind von den Gemeinden unter Zugrundelegung des genehmigten Bauvorschlages möglichst zu Festpreisen zu erteilen, nachdem die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt oder besondere Ausgabeermäch-

(4) Die aus Bundesmitteln beschafften Alarmgeräte sind als Bundes Eigentum zu kennzeichnen.

(5) Soweit die Länder und Gemeinden in Ausnahmefällen Alarmgeräte selbst beschaffen, werden diese Körperschaften nur im Auftrage und für Rechnung des Bundes tätig; sie haben das Eigentum an den Gegenständen für den Bund zu erwerben.

zu § 22

(1) Aufträge zum Einbau der ortsfesten Alarmgeräte sind, sofern die Zustimmung der Regierungspräsidenten zu den Bauvorschlüssen (Kostenangeboten) vorliegt und die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, zu festen Preisen zu vergeben.

(2) Siehe hierzu die ergänzenden Bestimmungen zu § 13 dieser Vorschrift.

(4) Die von der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern zur Auslieferung kommenden Alarmgeräte sind im allgemeinen bereits von den Lieferfirmen als Bundes Eigentum gekennzeichnet.

§ 23

(1) Bevor die Sirenenstandorte endgültig festgelegt werden, ist von den Gemeinden das zuständige Fernmeldeamt einzuschalten, sofern nicht die Sirenen über andere Leitungen als die der Deutschen Bundespost auskunft darüber einzuholen, welche Fernsprechanlüsse für die Mitbenutzung zur Steuerung der Sirenen an den vorgesehenen Standorten technisch geeignet sind. Die mitzubnutzenden Anschlüsse für die einzelnen Sirenenstellen sind von der Gemeinde aus den von der Deutschen Bundespost benannten Anschlüssen auszuwählen.

(2) Der Anschluss der Sirenen an den Warndienst ist unter Angabe des mitzubnutzenden Fernsprechanchlusses bei der Deutschen Bundespost über das zuständige Warndienstamt zu beantragen.

(3) Sollte kein geeigneter Anschluß zur Verfügung stehen, so ist bei der Deutschen Bundespost die Überlassung eines Stromweges zu beantragen.

(4) Die Aufwendungen der Deutschen Bundespost werden entsprechend den Gebührenvorschriften der Verordnung über Privatfernmeldeanlagen vom 1. Dezember 1942 (Abt. des Reichspostministeriums 1943 S. 20), geändert durch die Verordnung Nr. 11, Nr. 1953 vom 24. Juni 1953 (BAnz. Nr. 122 vom 30. Juni 1953), berechnet.

zu § 22

(1) Vergleiche hierzu auch die ergänzenden Bestimmungen zu § 14 b).

(2) Die abgeschlossene Vereinbarung ist zu den Sirenenakten der Gemeinde zu nehmen. Eine Beifügung dieser Vereinbarung zu dem Anschlußantrag ist nicht mehr erforderlich.

Letzter Satz in Abs. (2) gilt auch für den Wiederaufbau ortsfester Alarmgeräte, die infolge baulicher Veränderungen oder aus sonstigen Gründen verlegt werden müssen.

(3) Vor der Antragstellung zur Überlassung eines Stromweges bei der Deutschen Bundespost ist zu prüfen, ob nicht die Vor-

§ 18

Ortsruftanlagen und sonstige geeignete Lautsprecher können im Einvernehmen mit dem Warndienstamt angeschlossen werden, sofern sie den technischen Anforderungen entsprechen und die erforderlichen Zusatzanlagen eingebaut sind.

zu § 18

Die erforderlichen Zusatzanlagen werden zur Verfügung gestellt. Die Einbaukosten gehen zu Lasten des Bundes.

§ 19

(1) Anhand der Planungsunterlagen und des Zustellungsverzeichnisses sind von den Gemeinden oder den Behörden die Einbaukosten durch Einholen von Kostenangeboten zu ermitteln. Hierzu gehören:

- a) die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenen für den Ausbau oder die Instandsetzung von Sirenenstellen gemäß dem dafür aufgestellten Verzeichnis. Die Kosten sind durch Ausschreibung zu ermitteln.
- b) Kosten für Arbeiten der Deutschen Bundespost (Anschaltung der Steuerrelais, Einrichtung von Steuerrelais und Steuerleitungen).

(2) Die Sirenen, Schaltkästen, Sirenenweichen, Steuerrelais und Landsteuergeräte werden vom Bund beschafft.

zu § 19

(1) a) Für Nachplanungen in Neubaugebieten und in den Gemeinden, in denen noch Beschallungsstellen zu planen sind, sind die Planungs- und Kostenangebotsunterlagen der Überprüfung und Zustimmung dem Regierungsvorstand vorzulegen.

Mit der Planung und Abgabe eines Kostenangebots ist die zuständige Wartungsfirma zu beauftragen. Nach Kostenangebotsunterlagen wird entschieden, ob eine Beschränkung der Ausschreibung zu veranlassen ist.

b) Die Kosten für die Planung, der Deutschen Bundespost für den Anschluß der Sirenensteuereinrichtungen an das Stromnetz, des Energieversorgungsunternehmens für den Anschluß - soweit dieses nicht im Leistungsbereich des Bundes liegt - das zu zahlende Nutzungsentgelt Grundstückeigentümer und die Abnahmekosten der Prüfstelle sind besonders nachzuweisen. Die Kostenangebotsunterlagen beizufügen.

§ 20

(1) Die Gemeinden oder die Landesbehörden sind auf Grund der Ermittlungen einen Bauvorschlag auszustellen.

(2) Der Bauvorschlag ist der Landesbehörde vorzulegen. Der Bauvorschlag ist der Landesbehörde vorzulegen. Der Bauvorschlag ist der Landesbehörde vorzulegen. Der Bauvorschlag ist der Landesbehörde vorzulegen.

Regierungsbezirk Kassel

Firma Hörmann GmbH
— Wartungsniederlassung —
Kirchgasse 3
3501 Niedenstein 3
Tel. (05624) 7 84

Verträge über die Instandhaltung und Instandsetzung der Elektrosirenenanlagen im Land Hessen sind nur mit der vorgenannten Firma zu den von hier festgesetzten Vergütungssätzen abzuschließen.

Diese Regelung gilt auch bei Auftragsvergabe für Nachplanungen und erforderliche Verlegungen von Elektrosirenenanlagen.

Die Ausführung der Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wird von Zeit zu Zeit stichprobenweise durch das Bundesamt für Zivilschutz mit meinem Einverständnis überprüft.

Die Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Hochleistungssirenen sind weiterhin — bis zur Herausgabe eines Vertragsentwurfs — durch den Bundesminister des Innern bzw. das Bundesamt für Zivilschutz im Auftragsverfahren zu vergeben.

§ 31

Die allgemeine Betreuung von Alarmgeräten soll möglichst

Personen (Sirenenwarte) übertragen werden, die von der Gemeinde ernannt werden. Diese Aufgaben sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, erfüllt werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Einer besonderen Verpflichtung und Heranziehung von gemeindeeigenen Kräften als Sirenenwarte im Rahmen ihres Dienstverhältnisses mit der Gemeinde bedarf es nicht.

Für einen erkrankten oder in Urlaub befindlichen Sirenenwarte ist im Frieden eine Vertretung nicht vorzusehen.

3. Unterweisungen

Der HVB oder ein von ihm Beauftragter haben den Sirenenwarte in seine Tätigkeit gemäß der Zusammenstellung der Aufgaben für die allgemeine Betreuung von Elektro- bzw. Hochleistungssirenenanlagen einzuweisen (Anlagen 4 und 5).

Wird eine Aufwandsentschädigung gemäß Ziff. 4 gezahlt, so ist die Entschädigung für die Unterweisung damit abgegolten.

4. Aufwandsentschädigungen

Für die Wahrnehmung der Pflichten aus diesen Richtlinien wird den Sirenenwarten von Hochleistungssirenen eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,— DM gewährt.

Die Aufwandsentschädigungen sind halbjährlich nachträglich aus Kap. 36 04 Tit. 412 21 zu zahlen.

Die vorgesehenen Aufwandsentschädigungen können nicht an gemeindeeigene Kräfte, die nach Nr. 1 in Ausübung ihres Dienstes tätig werden, gezahlt werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

Die Kosten der allgemeinen Betreuung von Alarmgeräten sollen durch die Gemeinde oder durch eine andere Person, die von der Gemeinde ernannt wird, getragen werden.

nehmen durch das Warnamt mit Rundschreiben rechtzeitig bekanntgegeben.

In den zu diesem Rundschreiben gehörigen Formblättern sind die während des Probetriebes nicht angelaufenen ortsfesten Alarmsirenen

inverzüglich das Bundesamt für
unmittelbar zu verständigen.

gel an Alarmgeräten richtet sich
Montagearbeiten nach Nr. 6.4 der
Abnahme fester Sirenenanlagen
(enst).

References

§ 4.2

der Schäden durch Brand, Diebstahl und Verfallung sind der Landesbehörde
 1. Die Landesbehörde ist ein Verwaltungsorgan der Landesregierung.

ist auch außerdem enthalten:
 - lebhafte oder mutmaßliche Ursache des Verlustes
 - Schadens;

erlust verloren oder durch Beschädigung un-
gewordenen Gegenständen den Zeitwert der
oder

zur Wiedererlangung getroffenen Maßnahmen;
be, ob Personen für den Verlust oder Schaden
at machen sind und gegebenenfalls in welcher

§ 43
11. vorschreiben, daß jeder Polizist den von der Polizei
bestimmten Weg zu benutzen hat und daß er den von der Polizei
bestimmten Weg zu benutzen hat und daß er den von der Polizei

ALL INFORMATION CONTAINED
HEREIN IS UNCLASSIFIED
DATE 08-19-2007 BY 60322 UCBAW/BJS

Bei Verlust ist außer der Mit-
desbehörde ein Antrag auf Er-
Alarmgeräte im Bestandsnach-
gilt für die Zwischenzeit als be-
nachweis fehlenden Alarmge-
rät zu betrachten.

Verluste an Alarmgeräten, für die Gemeinde beschafft wird, sind zuzüglich dem Bundesamt für 2 zu teilen.

VII. Kostentragung, Mittelbezug

Die Rechte der einzelnen Bundesstaaten, der
 Verrichtung und allgemeine Befragung
 trägt der Bund. Dazu zählen auch die
 Ziehung sachverständiger Juriere bei
 bei der Überprüfung und Instandsetzu
 geräte, falls fachkundiges Personal de
 Verfügung steht, sowie die Abfindun
 stückseigenklühern, Jännahmen fließen

Bei Erweiterungen von Ordnungsanlagen
Alarmdienst mitverwendet werden, ge-
Zuschuß bis zur Höhe der sonst für o-
stehenden Kosten, wenn durch die
von Sirenenanlagen entfällt.

(1) Zur den Unterhaltungskosten jedes
 (a) die Kosten für die Wartung, für 1
 und für Umbauarbeiten an den von
 (b) die Kosten für elektrische Energie für
 die Beschaffung von kleineren Ers
 (z. B. Sicherungspatronen, Signalan

ansprüchen unterliegen, rechtzeitig vor Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungspflicht von sechs Monaten der Lieferfirma gegenüber geltend zu machen. Der Landesbehörde und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz ist gleiches

<p>„...daß die beschriebenen Anforderungen eigentlich zu übersteigen.“</p> <p>„...daß die beschriebenen Anforderungen eigentlich zu übersteigen.“</p>	<p>„...daß die beschriebenen Anforderungen eigentlich zu übersteigen.“</p> <p>„...daß die beschriebenen Anforderungen eigentlich zu übersteigen.“</p>
---	---

(f) Die Haftung für Schäden nach den §§ 439 ff. BGB ist von der Einhaltung der Vorschriften für Windlasten (Anlage 8 zu den TdM-

§ 36
Geräte sollen monatlich durch Auslösen
den.

Verluste an Alarmge
stahl oder unsachgem
entfernt werden. Die
Insg

seine Bedenken, wenn die fahrbaren
~~der Maschine ist der Fall, dass die Maschine~~
~~den Schaden an der Maschine zu vermeiden~~
~~die Maschine zu vermeiden~~

gegenüber ist zur Erhaltung der Betriebssicherheit dieser
a) d
der Maschinensatz monatlich, jeweils für 10 Min.
Einschaltung der Sirene im Reich der Ordnung

§ 97	b) b
Die Gemeinden haben den Bevölkerungszug und Stande	c) c
des Betriebes rechtzeitig öffentlich bekanntzugeben. Dar-	d) d
zu beachten, daß sich der Wirkungsbereich bei örtlicher	e) e
Ausübung in vielen Fällen auf benachbarte Gemein-	f) f
schreitet.	g) g

weit militärische Einrichtungen vorhanden sind, sind die örtlichen Dienststellen der Bundeswehr rechtzeitig mit der Produktanforderung auszusuchen (Bundeszweckgesetz, § 10 Absatz 1).

(2) Sofern Schadensersatzforderungen der Alarmgehilfe gestellt worden, sind vom 20. Juli 1977 - V1 63 - 24 h 07 Entscheidung vorzutragen.

Im Verteidigungsfall und bei einem ein Probetrieb von Alarmgeräten zu § 88

Dies gilt auch für die Alarmierung Übungen mit den Alarmgeräten

IV. Answers and Work

Alarmgeräte, die ihrer Zweckbestimmung nach
sind auszusondern und zu veräußern
zu verwenden. Dabei sind die Bestimmungen
rüstung - LSEB - sinngemäß anzuwenden.
zu § 89
Soweit es sich um bewegliche Alarmgeräte (f.
Laufsprecher) handelt, ist für die Aussonde-
stimmung erforderlich.
Siehe auch ergänzende Bestimmungen zu § 29

V. Gewährleistungsbestimmungen.

Jeder Mangel an Alarmgeräten, der sich während der Zeit eingestellt, ist unverzüglich dem Herste über geltend zu machen. Eine Abschrift des ist der Landesbehörde und dem Bundesamt für Kerungsschutz zu übersenden.

(1) Soweit für die Alarmgeräte eine besondere
nicht gewährt wurde, sind Mängel, die den G

- c) die an die Deutsche Bundespost zu zahlenden Gebühren für Steuerwege, die in besonderen Fällen notwendig werden, oder die Kosten für Tonfrequenz-Rundsteueranlagen.
- (2) Für die Kosten zu Buchstabe b) erhalten die Gemeinden (Gemeindeverbände) eine Pauschale, die das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz festsetzt.

zu § 48

(1) b) und (2) Die Höhe der vom Bund an die Gemeinden jährlich zu zahlenden Pauschale für die Kosten zu (1) b) ist wie folgt festgelegt:

2. je fahrbaren Sirenen-Lautsprecher wie bisher 120,— DM;
8,— DM;

3. je fahrbaren Sirenen-Lautsprecher wie bisher 120,— DM;

Die Auslösung aller Alarmgeräte soll grundsätzlich nur bei Feuer- und Katastrophengefahr erfolgen. Hiervon ausgenommen sind die unangekündigten Übungen, die zur Überprüfung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Hilfsorganisationen von dem Aufsichtsamt bzw. der örtlichen Leitung angeordnet werden.

Die Benutzung der Alarmgeräte für diese Übungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

§ 53

Für die friedensmäßige Benutzung der ortsfesten und beweglichen Alarmgeräte sind folgende Signale festgesetzt:

- a) 3 × Dauerton von je 12 Sek. mit je 12 Sek. Pause

Bedeutung: Feuersalarm

Bedeutung: Katastrophalarm

Bedeutung: Zeit- und Pausensignal

- d) Dauerton von 1 Min. Dauer

Bedeutung: Rundfunkgeräte einschalten und sagen achten.

§ 54

Im Spannungsfall (Art. 80 a des Grundgesetzes) (Art. 116 a des Grundgesetzes) von Sirenen durch Alarmgeräte des Bundesdienstes für andere als Zivilschutzzwecke oberste Landesbehörde kann allgemein und Gebiete oder Zwecke Ausnahmen zulassen.

zu § 54

Die Abgabe von Zeit- und Pausenzeichen sind oder Vereinbarungsfall untersagt (vgl. hierzu Bestimmung zu § 38).

§ 55

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt 1970 in Kraft.

Grundstückseigentümer-Verordnung A.
(Nur für private Grundstücke)

Zwischen dem Grundstückseigentümer

(Name, Vorname, Anschrift)

und der Gemeinde/Stadt
als zuständige Behörde im Sinne der §§ 2 u. 3 des Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1696) wird
Verordnung getroffen:

1. Der Grundstückseigentümer

ist damit einverstanden, daß auf seinen

(Ort, Straße und Nummer)

eine Elektrosirene nebst den zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen und Geräten, z. B. Dachluken, Laufbretter, Leitungen, nachfolgend als Elektrosirenenanlage bezeichnet, betrieben, unterhalten und instand gesetzt wird. Der Grundstückseigentümer verpflichtet sich, den Beauftragten der Gemeinde/Stadt zu dem Grundstück und den Geräten Zutritt zu verschaffen, sowie die Sirene freizuhalten.

2. Die Gemeinde/Stadt

verpflichtet sich

- a) dem Grundstückseigentümer

denen Verpflichtungen

wegen der Sirenenanlage

b) Schäden zu ersetzen

trieb und der Unter

dem Grundstück so

Grundstückseigentü

Verpflichtung wird

nen, die Dritten au

der Unterhaltung

soweit für sie der C

gegenüber ohne Ver

§ 49

Wenn im Einzelfall über die Kostenverpflichtung des Bundes oder über die angemessene Höhe von Kosten und sonstigen Zweifeln bestehen, ist von den Ländern und Gemeinden vor Übernahme einer Verbindlichkeit die Stellungnahme des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz herbeizuführen.

§ 50

Für das im örtlichen Alarmdienst verwendete Bundesvermögen gelten die Vorschriften über die Selbst- (Nicht-)Versicherung des Reichsministers der Finanzen vom 17. Dezember 1923 (APL. der Reichsfinanzverwaltung vom 21. Dezember 1923 Nr. 36 S. 520).

§ 51

(1) Ausgaben für die vom Bund zu tragenden Kosten sind für Rechnung des Bundes zu leisten und unmittelbar im Bundeshaushaltsplan zu buchen. Das gilt auch für die damit zusammenhängenden, an den Bund abzuführenden Einnahmen.

(2) Bei der Bewirtschaftung der Bundesmittel sind die für die Ausführung des Bundeshaushaltsplans maßgebenden haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bundes anzuwenden. Die Zuweisung von Haushalts- und Betriebsmitteln sowie die zentrale Haushaltsüberwachung regelt das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz.

(3) Für die auf Rechnung des Bundes zu leistenden Ausgaben und die damit zusammenhängenden Einnahmen ist die Anwendung der für die zuständige Behörde geltenden landesrechtlichen Vorschriften über die Kassen- und Buchführung zugelassen. Wird hiervon kein Gebrauch gemacht, sind die Vorschriften der Reichskassenordnung, die Rechnungslegungsordnung für das Reich und die Buchführungs- und Rechnungslegungsordnung für das Vermögen des Bundes anzuwenden.

(4) Für die Abrechnung der Kassen (Oberkassen) mit der Bundeshaupthasse gelten die vom Bundesminister der Finanzen erlassenen allgemeinen Bestimmungen.

5. Abschnitt

Friedensmäßige Benutzung von Alarmgeräten

§ 52

Die Alarmanlagen des örtlichen Alarmdienstes können im Frieden ganz oder teilweise für Zwecke der Feuerwehr, des Katastrophendienstes und der sonstigen Gefahrenabwehr mitbenutzt werden. Das gilt für Zwecke der Feuerwehr nur, soweit dies ohne Benutzung von Zivilschutz-Warngebläsen und der an sie herangeführten Leitungen möglich ist. Außerdem

können einzelne Alarmanlagen zur Abgabe von Zeit- und Pausenzeichen verwendet werden (unmittelbare Auslösung).

zu § 52

Für die zentrale Auslösung der Sirenen des örtlichen Alarmdienstes für Zwecke der Feuerwehr können zusätzliche tech-

nische Einrichtungen, wie z. B. Sirenenkabelkanäle, Feuer-melder, elektrische Anlagen zur Steuerung der Sirenen — sowie die hierfür erforderlichen Leitungen auf Kosten der Gemeinde beschafft und montiert bzw. ausgetauscht werden.

Die Auslösung der Sirenen über Funk ist im Erlaß vom 31. Oktober 1978 (StAnz. S. 2308) gesondert geregelt.

Im Katastrophenfall kann, soweit erforderlich, das Warnnetz für die überörtliche Alarmierung mitbenutzt werden. Die örtliche Auslösung des Signals „Katastrophenalarm“ kann über das Auslösegerät (Fernstastgerät) erfolgen.

Störer für die von ihm übernom-

men, falls es sich um einen Nuk-

leare Gefahr handelt, der Be-

trachtung der Katastrophengefahr an

wie an Personen und an Sachen des

mers entstehen sollten. Die gleiche

auch für solche Schäden übernom-

er der Anbringung, dem Betrieb und

der Elektrosirenenanlage entstehen.

Grundstückseigentümer dem Dritten

schulden haftet;

- c) die Elektrosirenenanlage auf ihre Kosten zu entfernen und ggf. wieder anzubringen, wenn der Grundstückseigentümer einen Umbau vornimmt, der ohne vorübergehende Entfernung der Elektrosirenenanlage nicht durchführbar ist.

Die Parteien erklären und erkennen an, daß nach der heute erfolgten gemeinsamen Besichtigung das Dach und seine Konstruktionsteile in einem für den Aufbau der Sirena befähigten

Diese Vereinbarung gilt für 12 Jahre. Sie verlängert sich um jeweils weitere 12 Jahre, wenn sie nicht ein halbes Jahr vor Ablauf dieser Frist schriftlich gekündigt wird.

Im Falle einer Veräußerung ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, seine Verpflichtungen auf seinen Rechtsnachfolger zu übertragen. Wenn die Anlage nicht mehr benötigt wird, ist die Gemeinde verpflichtet, sie zu beseitigen und den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen. Die dadurch entstehenden Kosten trägt die Gemeinde/Stadt.

den 59.....

(Grundstücke) (Grundstücke)

(Gemeinde - - Stadt)
(Unterschriften nach den Form-
vorschriften d. Gemeindeordnung)

Anlage 1b
zur VwV Alarmdienst

Grundstückseigentümer-Vereinbarung 13

Zwischen in nachfolgend
als „Eigentümer“ bezeichnet,

und der Gemeinde/Stadt:

..... als ausländischer Behörde im Sinne
der §§ 2 und 3 des letzten Gesetzes über Maßnahmen zum
Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl. I
S. 1696), nachfolgend als „Nutzungsberechtigte“ bezeichnet,
verbreiten durch
wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Herr/Frau/Fräulein ist im Grundbuch
des Amtsgerichts für
wegen
der Wiederherstellung des Grundbuchs nach Nr. eine Be-
der Genefung abzugeben

2. Der Eigentümer gestattet der Nutzungsberechtigten auf dem unter Nummer 1 genannten Grundstück die Nutzung

Leistungsfähigkeit, die die Leistungsfähigkeit des Anbieters zu erreichen, zu be-
stehen und zu unterhalten, ist gestattet die Verfertigung und
Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anschlussleis-
tungen.

Die Anlage ist im anliegenden Lageplan rot, die Anschlußleistungen sind grün eingezeichnet. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die Nutzungsberechtigte ist berechtigt, das Grundstück des Eigentümers zur Herstellung und Unterhaltung der Anlagen zu betreten und die hierzu erforderlichen Arbeiten auf dem Grundstück vornehmen zu lassen. Sie kann die vorstehenden Rechte auch durch Beauftragte der zuständigen Behörden ausüben lassen.

Der Eigentümer verpflichtet sich, alle Maßnahmen, die den Bestand oder Betrieb der Anlage beeinträchtigen könnten, zu unterlassen.

- 3c. Die Nutzungsberechtigte hat jeweils nach Abschluß der Arbeiten zur Inrichtung und Unterhaltung der Anlage die an dem Grundstück entstandenen Schäden zu beseitigen; Entschädigungen sind dem Eigentümer angemessen zu vergüten. Der Eigentümer hat diese Ansprüche unverzüglich geltend zu machen. Im Streitfall wird die Höhe des Schadens vom Landwirtschafsamt o. ä.) gutachtlich festgestellt. Schadens, welche durch Begehungen der Anlage entstehen, sind mit der in Nummer 5 vereinbarten Entschädigung abgegolten.

4. Zur ünglichen Sicherung der Rechte der Nutzungsberechtigten aus dieser Vereinbarung bestellen der Grundstücks-eigenümer und die Nutzungsberechtigten an dem unter Nummer 1 genannten Grundstück zugunsten der Nutzungs-berechtigten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit folgenden Inhalts:

Die Inhaberin der Dienstbarkeit ist berechtigt.

- a) auf dem unter Nummer 1 genannten Grundstück eine Hochleistungssirene nebst Zubehör zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten,
- b) die für den Anschluß der Sirene an das Warnnetz notwendigen Leitungen zu verlegen und zu unterhalten,

c) das Grundstück zur Verzinsung und zu unterhalten,

Der -- die -- Eigentümer bewilligt -- bewilligen -- und die Parteien dieser Vereinbarung beantragen die Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit.

Die Nutzungsberechtigte sorgt für die Weiterleitung des Antrages auf Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit an das Grundbuchamt. Das Grundbuchamt wird erachtet, die Eintragung dem Eigentümer und der Nutzungsberechtigten mitzuteilen. Diese beantragt Refreezing gemäß § 11 der Kostenordnung.

Sämtliche Kosten für die Bestellung und Eintragung des Dienstbarkeits trägt die Nutzungsberechtigte.

8. Für die Inanspruchnahme des Grundstückes hat die Nutzungsberechtigte an den Eigentümer ein einmaliges Nutzungsentgelt in Höhe von DM (in Worten Deutsche Mark) zu zahlen. Die Entschädigung ist innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Mitteilung über die Inanspruchnahme der Dienstbarkeit in das Grundbuch bei der Nutzungsberechtigten zur Zahlung fällig und auf das Konto des Eigentümers zu überweisen.

6. Diese Vereinbarung ist in zwei Ausfertigungen erstellt.
Jede Partei erhält eine Ausfertigung. Eine Ausfertigung
ist für das Grundbuchamt bestimmt.

den 19

(Unterschrift
des Eigentümers)

Die vorstehenden Unterschriften der

werden hiermit beglaubigt.

den (Siegel) (Gericht), Notary

Grundstückselgentümer Vereinbarung (Nachbargrundstück)

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, daß über unser Grundstück in Ort, Straße und Hausnummer von der Deutschen Bundespost eine Leitung zur Sirenenanlage geführt und unterhalten wird. Zweck gestatte ich - gestatten wir - der Deutschen Bundespost das Betreten des Grundstücks zur Durchführung der notwendigen Arbeiten.

falls dadurch Schäden am Grundstück oder an Gebäuden verursacht werden, verpflichtet sich die Gemeinde / Schäden auf ihre Kosten zu beheben.

Im Falle einer Veräußerung bin ich - sind wir -
 - , meine - unsere - Verpflichtungen auf meinen
 - Rechtsnachfolger zu übertragen.

CONSTITUTIONAL COURT OF SOUTH AFRICA *den* 10

[illegible]

(Grundstückseigentümer) (Gemeinde von St. ...)

Vorschriften d. Gemeinde

Vereinbarung mit dem Fernsprecheinnehmer

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, daß die Anlage meines / unseres Fernsprechanchlusses Nr. Ortsnetz zur Steuerung einer Streifen des örtlichen Alarmdienstes ... auch bei den erforderlichen festgelegten und öffentlich bekanntgegebenen Gebühren ... mitbenutzt wird.

Wir/Uns ist bekannt, daß die mitbenutzte Fernschlußleitung für die Dauer des Sirensignals für

